

Energiemarkt | 19.06.2017 | Lesezeit 4 Min.

Auf dem Weg in die Energieunion

Die EU-Kommission will den europäischen Energiebinnenmarkt voranbringen und hat deshalb ein neues Konzept für den Strommarkt vorgeschlagen. Dazu sollen unter anderem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus- und Staatseingriffe abgebaut werden. Um die Investitionen in weitere Netze und Erzeugungskapazitäten anzuregen, ist zudem ein neuer Zuschnitt der sogenannten Strompreiszonen in der Diskussion – ein Plan, der in Deutschland auf Widerspruch stößt.

Ob im Privat- oder im Arbeitsleben: Die Haushalte und Unternehmen wollen eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Doch damit der Strom aus der Steckdose kommt, müssen im Hintergrund viele komplexe Prozesse ablaufen: Es geht nicht nur um die Erzeugung von Energie aus Wind, Sonne oder Gas, sondern auch um ihre Verteilung über die Stromnetze.

Insbesondere bei Wind- und Sonnenenergie stehen Länder wie Deutschland vor großen Problemen: Erstens ist die Stromerzeugung aufgrund des Wetters nicht immer gesichert, und zweitens muss der Strom oft über weite Strecken transportiert werden.

Grenzüberschreitende Energieversorgung als Ziel

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission bereits in den 1990er Jahren damit begonnen, einen europäischen Energiebinnenmarkt zu entwickeln. Das Ziel ist, eine grenzüberschreitende Energieversorgung zu ermöglichen und so die Versorgungssicherheit und das Preisniveau europaweit zu verbessern. Die bislang

wichtigsten Maßnahmen:

2001 verabschiedet die EU die Richtlinie zur Förderung der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energiequellen;

2005 führt die EU den verpflichtenden, grenzüberschreitenden Markt für CO₂-Emissionen ein;

2009 einigen sich die EU-Regierungschefs darauf, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren;

2016 hat die EU-Kommission ihr jüngstes Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem die europäische Energiepolitik reformiert und modernisiert werden soll und das derzeit im Europäischen Parlament sowie in den nationalen Ministerien diskutiert wird.

Die EU will die europäische Energiepolitik reformieren, stößt mit ihren geplanten Strompreiszonen aber auf Widerstand aus Deutschland.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist die Neugestaltung des Strommarktes, um sowohl für erneuerbare als auch für konventionelle Erzeugungsformen gleiche Preisbildungs- und Wettbewerbsbedingungen in allen Mitgliedsländern zu schaffen.

Konkret zielt das geplante neue Strommarktdesign darauf ab, den weiteren Ausbau und die Nutzung variabler Energiequellen wie Wind- und Sonnenenergie sowie von Stromspeichertechnologien zu unterstützen. Nach dem Motto „Markt statt Regulierung“ soll dies allerdings nicht länger durch Subventionen geschehen, sondern durch Wettbewerbsprozesse und Preissignale, die Investitionen in die entsprechenden Technologien anreizen.

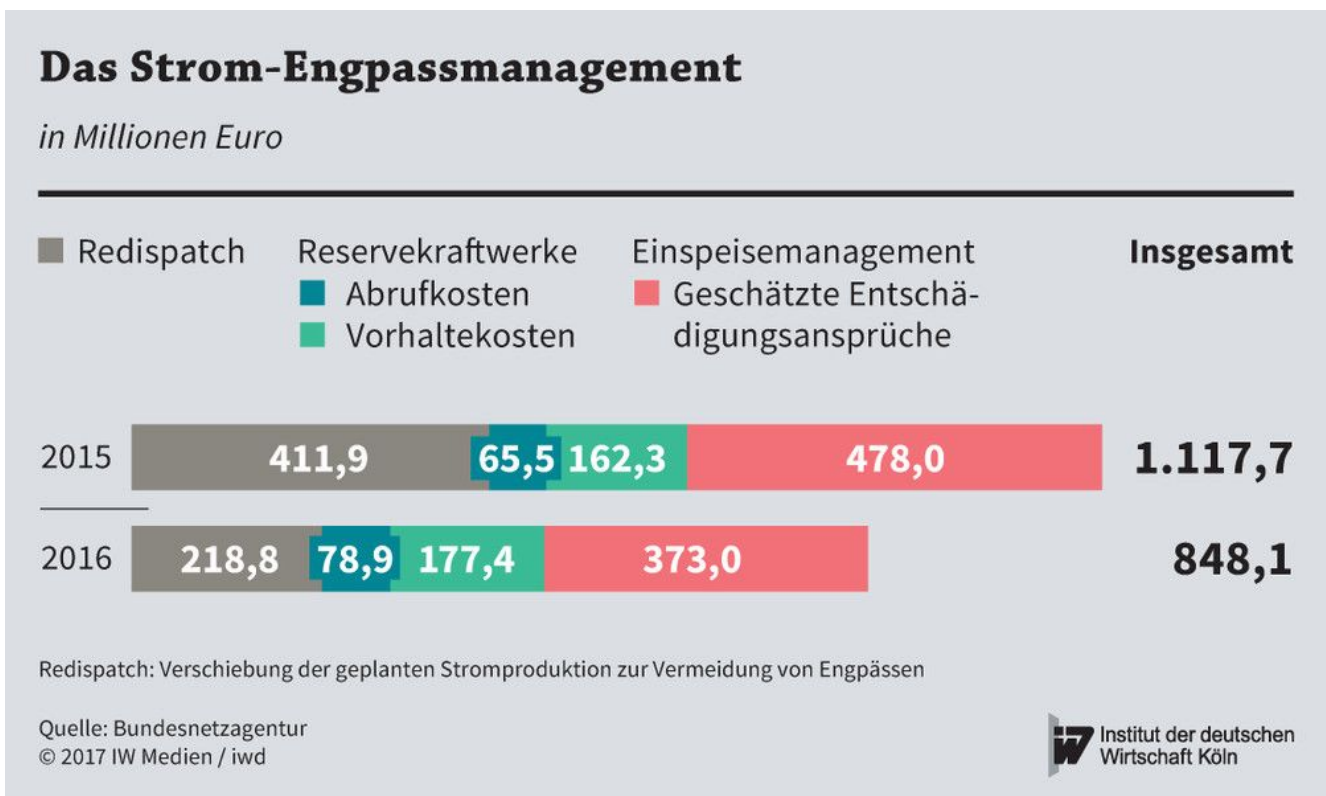
Stockender Netzausbau

Der Zubau von erneuerbaren Energien sowie das Ziel einer besseren grenzüberschreitenden Energieversorgung erfordern einen Ausbau der

Stromnetzinfrastruktur. Die entsprechenden Kosten müssen ebenfalls von den Marktteilnehmern gedeckt werden.

Gerade dieser Netzausbau kommt jedoch sowohl national – wie in Deutschland – als auch grenzüberschreitend nur stockend voran. Das gefährdet die Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeitsziele. Die daraus resultierenden Engpässe kosten viel Geld:

Für das Strom-Engpassmanagement mussten die Stromverbraucher über ihre Netzentgelte 2015 und 2016 insgesamt fast 2 Milliarden Euro aufbringen.



In beiden Jahren entfiel der größte Kostenblock auf Entschädigungsansprüche. Denn

aufgrund fehlender Kapazitäten konnten die steigenden Mengen an Strom aus erneuerbaren Energien nicht ins Netz eingespeist werden.

Mehrere Hundert Millionen Euro kosten auch die sogenannten Redispatch-Maßnahmen. Das sind Eingriffe in die Leistung von Kraftwerken, um Leitungsabschnitte vor Überlastung zu schützen: Droht an einer Stelle im Netz eine Überlastung, werden bestimmte Kraftwerke angewiesen, ihre Einspeisung zu drosseln, während andere ihre Leistung erhöhen müssen. Solche Maßnahmen waren in den vergangenen Jahren immer häufiger nötig:

Im Jahr 2010 kam Deutschland auf knapp 1.600 Stunden Redispatch-Maßnahmen, fünf Jahre später waren es zehnmal so viele.

Unterteilung in mehrere Preiszonen geplant

Die EU-Kommission will solche Schwierigkeiten vermeiden, indem sie die Investitionen in neue Netze und Kapazitäten anregt. Dazu soll Deutschland in mehrere Preiszonen aufgeteilt werden. Die Idee: Dort, wo es aufgrund fehlender Netze oder zu geringer Kapazitäten zu Engpässen kommt, würden die Strompreise steigen - und das würde Investitionsanreize setzen. Dort, wo die Energieinfrastruktur gut ist, wären die Strompreise für Haushalte und Industrie entsprechend niedriger.

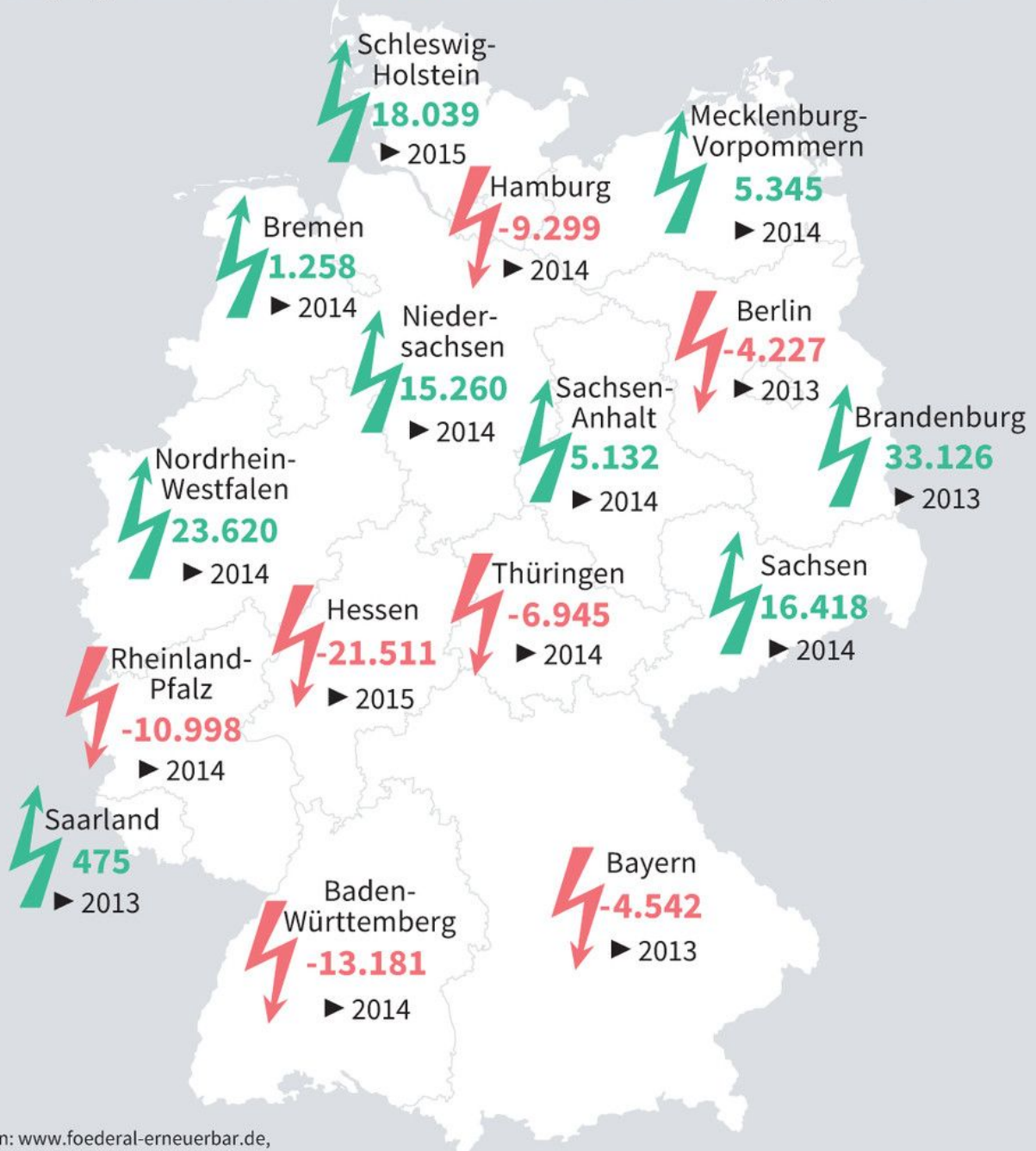
Tatsächlich ist die Bundesrepublik in Sachen Stromerzeugung und Stromverbrauch ein geteiltes Land. Lässt man die beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie das Saarland außen vor, gibt es ein deutliches Nord-Süd-Gefälle:

In den nördlichen Bundesländern wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, in den südlichen Ländern ist es umgekehrt.

Der deutsche Strom-Atlas: Das Nord-Süd-Gefälle

Saldo aus Bruttostromerzeugung und Bruttostromverbrauch in Gigawattstunden

■ Erzeugung höher als Verbrauch ■ Verbrauch höher als Erzeugung ▶ Stand



Quellen: www.foederal-erneuerbar.de,
Länderarbeitskreis Energiebilanzen,
Statistische Landesämter, Bundeswirtschaftsministerium
© 2017 IW Medien / iwD

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

In Schleswig-Holstein zum Beispiel werden jedes Jahr gut 18.000 Gigawattstunden mehr Strom produziert als verbraucht; BadenWürttemberg dagegen muss mehr als 13.000 Gigawattstunden von anderen Produzenten einkaufen. Die beiden Pole bilden Brandenburg mit einem Stromüberschuss von gut 33.000 Gigawattstunden und Hessen mit einem Minus von fast 22.000 Gigawattstunden.

Ob das Konzept mehrerer Preiszonen aufgeht, ist unter Fachleuten allerdings umstritten. Hauptkritikpunkt aus deutscher Sicht ist, dass die Bundesrepublik zusammen mit Österreich bereits eine gut funktionierende Preiszone bildet, in der all die energiepolitischen Ziele, die Europa für sich definiert hat, bereits weitgehend umgesetzt worden sind. Ein neuer Zuschnitt der Preiszonen würde diesen Erfolg gefährden.

Kernaussagen in Kürze:

- Die EU verfolgt seit den 1990er Jahren das Ziel, einen europäischen Energiebinnenmarkt zu entwickeln.
- Nach dem Motto „Markt statt Regulierung“ soll dies allerdings nicht länger durch Subventionen geschehen, sondern durch Wettbewerbsprozesse.
- Die EU-Kommission will die Stromnetzinfrastuktur durch unterschiedliche Preiszonen verbessern. Das Konzept stößt in Deutschland auf Kritik.